

Eingang Stabsstelle Ratsangelegenheiten 22.06.2022

An den
Bürgermeister
Herrn Rajko Kravanja
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, den 22. Juni 2022

**Fraktionen von SPD, Die Grünen, Die Linke
Wir wollen einen Klima-Pakt
für Castrop-Rauxel!**

Schon seit längerem führt der globale Klimawandel auch hier vor Ort und regional zu einer Zunahme von Hitzeextremen, Dürreperioden, Sturm- und Starkregenereignissen und damit zu tiefgreifenden Folgen im Ökosystem. Er ist zu einem existentiellen Problem geworden, das ein Handeln jeder politischen Ebene in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit und tatsächlichen Möglichkeiten erfordert.

Die Fraktionen im Rat der Stadt Castrop-Rauxel bekennen sich zu den Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens und zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Wir teilen die Auffassung, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen erheblich ausgeweitet und ergänzt werden müssen, um die Erderwärmung zu begrenzen und ihre Folgen auch vor Ort erträglicher zu machen.

Dieser Dringlichkeit entsprechend hat der Rat dieser Stadt bereits im vergangenen Jahr beschlossen, dass Castrop-Rauxel bis 2040, möglichst schon bis 2035 klimaneutral sein soll.

Wir erkennen damit an, dass die Eindämmung des von Menschen verursachten Klimawandels auch für das kommunale Handeln in der Stadt Castrop-Rauxel ein Faktor höchster Priorität ist. Politik und Verwaltung verpflichten sich daher zur Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes zur deutlichen Reduktion des Ausstoßes der Treibhausgase CO₂, Methan und Lachgas. und zum Umgang mit dem Klimawandel in unserer Stadt. Wir wollen damit in unserem Einflussbereich zum Pariser Klimaziel beitragen, die Erderwärmung dauerhaft auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Die Fraktionen von SPD, Grünen und Die Linke sind sich darüber einig, dass die Stadt praktische Maßnahmen zum Klimaschutz beschließen und umsetzen muss.

Teil 1 Umsetzung beschlossener Maßnahmen

Der Rat der Stadt bekräftigt dazu seine bereits gefassten Beschlüsse und fordert ihre schnellstmögliche Realisierung:

- Klimagerechte Stadtentwicklung (2019/162)
 - a. U.a. Gleichsetzung von Klimaschutz, Umwelt- und Naturschutz, soziale Sicherung und Funktionieren des Wirtschaftsstandortes
- Folgende Maßnahmen aus dem Klimaanpassungskonzept:
 - a. Schlüsselmaßnahme 4 (Schwammstadt)
 - b. Schlüsselmaßnahme 6 (Klimaanpassung an Haltestellen)
 - c. Umsetzung der Schlüsselmaßnahme 8 (Klimaangepasste öffentliche Gebäude)
- Wir verweisen auf die Bestandskraft des Beschlusses (2010/138) zum Ökostrombezug
- Beschluss zu E-Autos im Fuhrpark (2018/128)
- Umsetzung der 100 Ladesäulen sowie drei Schnellladestationen
- Antrag „massiver Ausbau PV-Anlagen“ (2019/156)
- Antrag zum Blütenprogramm (2019/179)
- Beschluss zum Klimaschutz (2021/173)
- Entsiegelungen von Schulhöfen (Klimaresilienz in Kommunen) (2021/142)

- Bei allen Vorlagen werden die Auswirkungen auf das Klima aufgezeigt. Es wird ein kommunales Klimaschutz-Management eingeführt, dass alle Bereiche des „Konzerns Stadt“ umfasst.
- Alle Gebäude des „Konzerns Stadt“ mit geeigneten Dächern werden mit PV-Dachanlagen versehen.
- Weiterhin wird die Stadt ausschließlich Öko-Strom für alle kommunalen Einrichtungen beziehen.
- Erhöhung der Nutzerquote bei ÖPNV und Radverkehr, Verbesserung der Fahrrad-Infrastruktur, Reduzierung der Emissionen im ÖPNV, beispielhafte Umstellung des Fuhrparks der Stadtverwaltung auf klimafreundliche Antriebstechnik
- Einsparung von Energie und Wasser, stärkere Nutzung von erneuerbaren Energien auch bei der Wärme, verstärkte Nutzung von LED-Beleuchtungen, Einrichten von Ladestationen für E-Autos und E-Bikes
- Senkung des Wasserverbrauchs und Vermeidung der weiteren Absenkung des Grundwasserspiegels (Konzept Schwammstadt)

Teil 2 neue Maßnahmen

Der Rat beschließt folgende weitere Punkte im Rahmen dieses Klimapaktes:

- Um der politischen Bedeutung des kommunalen Klimaschutzes gerecht zu werden, wird der Umweltausschuss in „Ausschuss für Klima- und Umweltschutz“ umbenannt.
- Klimarelevanz hat gegenüber betriebswirtschaftlicher Vorteilhaftigkeit keinen automatischen Nachrang.
- Stärkere Nutzung von Fahrrädern für Wege von, zur und bei der Arbeit, Erweiterung der Home-Office Möglichkeiten, Anpassung der Arbeitszeiten (z.B. Kernarbeitszeiten) nach klimatischen Notwendigkeiten, Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung, wo möglich Substitution von Dienstreisen durch Videokonferenzen oder ähnliche Technologien
- Maßnahmen zur Bindung von CO₂ und zur Stärkung der Artenvielfalt auf eigenen Flächen, beispielsweise durch zusätzliche Baumpflanzungen und Anlage von Blüh- und Schonstreifen auch an stadteigene Ackerflächen.
- Stärkung des Bürger*innenengagements wie Beteiligung von Initiativen, Verbänden und Vereinen aus dem Umweltbereich bei der Entwicklung des Klimaschutzkonzeptes für die Klimaneutralität Castrop-Rauxels möglichst bis 2035
- Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft im Bereich Klima und Nachhaltigkeit wie Ökoprot, Greentec, Innovationsscout, Ausweitung und Förderung der Produktion erneuerbarer Energien
- Über ein Monitoring soll die Entwicklung des Ressourcenverbrauchs erfasst und die Wirksamkeit von Maßnahmen überprüft werden.
- Prüfung von Fahrradstraßen nach dem Recklinghäuser Vorbild, die den Radfahrenden zusammenhängend ermöglichen, markante Ziele im Stadtgebiet zu erreichen.
- Schaffung von Flächen für erneuerbaren Energien
- a. Flächen für Windenergie
- b. Flächen für Solarenergie, auch zu Wasser
- Priorisierte Planverfahren für erneuerbare Energien und weitere Umweltmaßnahmen
- Fördermittelabruf zur stetigen Verbesserung des Radwegenetzes
- Durch eine gezielte Wirtschaftsförderung Start-Ups im Klima- und Umweltspektrum den Einstieg erleichtern

Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, welche Mittel und Ressourcen zur Umsetzung des Klimapaktes notwendig sind.

3. Teil Beitritt zum Klimapakt Castrop-Rauxel

Mit diesen weitreichenden Verpflichtungen begründet der Rat der Stadt Castrop-Rauxel den „Castrop-Rauxeler Klima-Pakt“. Dieser ist eine Selbstverpflichtung der Stadtverwaltung und des „Konzern Stadt“ aber auch eine Aufforderung an die gesamte lokale Zivilgesellschaft, sich diesem Pakt anzuschließen.

Wir werden unsere Erde nur dann in einem lebenswerten Zustand erhalten, wenn die ganze Gesellschaft beim Kampf gegen den Klimawandel zusammensteht. Darauf zielt dieser Klima-Pakt für die lokale Zivilgesellschaft. Hierbei spielen Projekte wie der "Klimafußabdruck" eine beispielhafte Rolle.

Der „Castrop-Rauxeler Klima-Pakt“ ist somit offen für Bürgerinnen und Bürger, für alle Arten gewerblicher Unternehmen, für Vereine, Schulen und Schulklassen oder Kirchengemeinden.

Zu Unterstützung dieses Klima-Paktes werden wir eine digitale Plattform für Information und Kommunikation einrichten, die vom Klimabeirat in Kooperation mit dem Klimabündnis gepflegt wird.

Diejenigen, die ihren Beitritt zum „Castrop-Rauxler Klima-Pakt“ erklären, verpflichtet sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten:

- Ihren Verbrauch an Energie, Wasser und anderen Ressourcen (u.a. auch durch höhere Effizienz) zu verringern,
- Müll zu vermeiden,
- Ökostrom zu beziehen,
- Ökostrom zu produzieren (Dach-PV, Balkon-PV),
- Ihre Mobilität in Richtung Nachhaltigkeit umstellen (Radfahren, ÖPNV, Auto-Sharing, E-Mobilität),
- Lebensmittelvernichtung zu reduzieren,
- Ihre Ernährung klimafreundlich auszurichten.

Hausbesitzer:innen verpflichten sich zusätzlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten:

- Erneuerbare Energie (PV-Dachanlage) zu produzieren,
- Ihr Haus mittelfristig in Richtung erneuerbare Wärme zu sanieren.

Mehrfamilienhaus-Besitzer:innen verpflichten sich zusätzlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten:

- erneuerbare Energie (PV-Dachanlage) zu produzieren
- diese preiswerte Energie in Form von Mieterstrom (event. in Kooperation mit einem Energieversorgungsunternehmen) auch ihren Mietern zu Gute kommen zu lassen.

- Ihr Haus mittelfristig in Richtung erneuerbare Wärme zu sanieren.

Gewerbetreibende verpflichten sich zusätzlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten:

- Auf ihrer Gewerbeimmobilie eigene PV-Anlagen zu errichten,
- Ihre PKW-Flotte auf E-Mobilität umzustellen,
- Möglichst Dienst-E-Bikes statt Dienst-PKWs einzusetzen.

Schulen und Schulklassen verpflichten sich zusätzlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten:

- Eine möglichst PKW-Freie An- und Abfahrt der Schüler*innen zu erreichen und dem Thema "Nachhaltigkeit" einen wichtigen Stellenwert im Unterricht zu geben.

Die Umsetzung dieses Klimapaktes wird auf jeder Sitzung des Ausschusses für Klima- und Umweltschutz beraten.

Jährliche wird eine lokale Klimaschutzkonferenz durchgeführt, die

- die Entwicklungen im Kampf gegen den Klimawandel im vergangenen Jahr feststellt und
- die Klimaschutz-Planungen für das laufende Jahr berät.

Mit freundlichen Grüßen



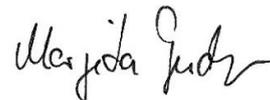
SPD-Fraktion

Daniel Molloisch



Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Bert Wagener



Fraktion Die LINKE

Margita Gudjons